



Ausländerbeirat München

Vielfalt leben – Integration fördern



Stellungnahme / 17.01.2008

des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt München
Burgstraße 4, 80331 München, Telefon: (0 89) 2 33-2 15 98, Fax: (0 89) 2 33-2 44 80,
Mail: claudia.guter@muenchen.de, Homepage: www.auslaenderbeirat-muenchen.de

Stellungnahme des Ausländerbeirates zur aktuellen Diskussion um Jugendgewalt

Kein Wahlkampf auf dem Rücken der Migranten – das fordern die Mitglieder des Ausländerbeirates, seit das Gremium in den 70er Jahren seine Arbeit aufnahm. Dahinter steckt die leidige Erfahrung, dass Migrantinnen und Migranten immer dann auf populistische Art und Weise zum Thema mancher Parteien werden, wenn es darum geht, auf ihre Kosten Stimmen am rechten Rand zusammen zu fischen.

Momentan ist es wieder soweit. Seit dem furchtbaren Gewaltakt zweier Jugendlicher gegen einen alten Mann im U-Bahnhof Arbellapark überschlagen sich die Berichte in den Medien über junge Schläger aus Migrantenfamilien. Die bislang so sichere Münchner U-Bahn wird als potentieller Gefahrenort dargestellt, wo sich keiner mehr sicher fühlen könne. Politiker/innen rufen nach schärferen Gesetzen gegen Jugendliche. Das Thema Abschiebung ist inzwischen so salonfähig, als wäre es das erste Mittel der Wahl, um sich die Probleme mit der Jugendgewalt sauber und endgültig vom Hals zu schaffen. Den Gipfel dieser Hysterie stellte das Wahlplakat der CSU dar, die mit dem Leid des Opfers vom Arbellapark auf Stimmenfang ging.

Der Ausländerbeirat hat sich noch im Dezember zu dem Thema geäußert. Der Vorsitzende, **Cumali Naz**, hat nach dem Überfall sein Mitgefühl für das Opfer des Angriffs ausgedrückt und erklärt, dass die Probleme mit der Jugendgewalt nicht auf Migrantenjugendliche reduziert werden dürfen. **„Das ist weder sinnvoll noch zielführend. Jugendgewalt hat mit der ethnischen Herkunft nichts zu tun. Statistiken belegen eindeutig, dass die Ursachen der Jugendgewalt in erheblichem Maße im sozialen Hintergrund der Täter begründet liegen.“**

Nacht diesem Vorfall im Dezember mussten die Mitglieder des Ausländerbeirates leider erleben, dass sich die Stimmung in der Stadt immer stärker gegen die Migrationsbevölkerung gewendet hat.

Mit Entsetzen hat der Beirat zur Kenntnis genommen, dass die rechtsextremistische „Bürgerbewegung Pro München“ nun offenbar in kürzester Zeit die notwendigen 1.000 Unterstützerunterschriften sammeln konnte, um bei der Stadtratswahl anzutreten. Diese Gruppierung ist seit Dezember auf dem Marienplatz, also mitten in der Stadt, zu beobachten, wie sie mit Plakaten, auf denen Ausländer verunglimpft werden, ungehindert Stimmen sammelt.

Der Ausländerbeirat fragt sich, warum sich die demokratischen Kräfte in München diesen Machenschaften nicht vehementer entgegen stellen, warum sie den Marienplatz für Wochen einer Gruppierung überlassen, die unverhohlen Stimmung gegen einen großen Teil der Münchner Stadtgesellschaft, nämlich 460.000 Menschen mit Migrationshintergrund, macht.

Aber auch bundesweit weht den Migranten ein rauher Wind ins Gesicht. Immer neue Fälle von Gewalttaten Jugendlicher aus Migrantenfamilien werden derart in den Vordergrund gestellt, als gäbe es nur noch diese Täter. Hier stellt sich die Frage, wo die Berichte über rechtsextremistische Kriminelle sind, die für Migratinnen und Migranten in Deutschland eine ständige Bedrohung darstellen.

Für den 19. Februar hat der Ausländerbeirat Münchner OB-Kandidaten in den Alten Rathaussaal eingeladen. Wir werden die Gelegenheit nutzen, um sie – neben einer Reihe weiterer Themen – mit den Ursachen der Jugendgewalt zu konfrontieren. Dabei möchten wir auch wissen, welche Perspektiven sie jugendlichen Migranten aufzeigen können, was sie in Sachen Integration vorzuweisen haben.

Seit vielen Jahren bietet sich der Ausländerbeirat auf diese Weise der Politik als Gesprächspartner und Vermittler an, macht konstruktive Vorschläge, organisiert internationale Begegnungen und setzt sich ehrenamtlich für eine friedliche und solidarische Stadtgesellschaft ein. Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass diese Arbeit durch Gruppierungen vom rechten Rand und Parteien, die mit populistischen Parolen auf Stimmenfang gehen, nicht zerstört wird.